



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis`90/ Die Grünen und FDP

zu „Schleswig-Holstein steht zu seinen Werften und Zulieferern“ (Drs. 19/2511(neu))

Maritime Wirtschaft weiter unterstützen und zukunftsfähig gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag betont die Bedeutung der maritimen Wirtschaft und ihre herausragende Stellung im Küstenland. Die forschungsstarken und industriellen Kerne der Branche, die Werften, leisten einen wichtigen Beitrag für industrielle Arbeitsplätze im Land. Gemeinsam mit der Vielzahl der kleinen und mittleren Unternehmen prägen sie das wirtschaftliche Spektrum und sind Innovationstreiber und Impulsgeber.

Der Landtag unterstützt die bisherigen Bestrebungen der Landesregierung, den Schiffbau als elementare Sparte der maritimen Industrie weiterhin zu stärken und auf dem Weg der Konsolidierung weiter zu begleiten. Forschungsstarke und innovative Wertschöpfungsketten schaffen zahlreiche qualifizierte Arbeitsplätze in den Bereichen der Zulieferer und nachgelagerten Bereichen.

Der Landtag stellt die wichtige Arbeit der Landesregierung hierzu sowie zur konzeptionellen Weiterentwicklung der Schiffbauindustrie fest und bittet die Landesregierung darum, diese konsequent weiter zu verfolgen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für die Umsetzung folgender Bestrebungen einzusetzen:

1. Die uneingeschränkte Anwendung des Großbürgschaftsprogrammes auf den Schiffbau;
2. Den Einsatz des Wirtschaftsstabilisierungsfonds der Bundesregierung, um die Werften als zentralen Impulsgeber für zehntausende Arbeitsplätze in Kernbranchen und bei Zulieferern zu erhalten;

3. Die Bereitstellung von Bundeshaushaltsmitteln zur Erneuerung und Instandsetzung der Behördenflotte durch innovative und klimafreundliche Schiffe zu ermöglichen;
4. Die Einrichtung eines europäischen Förderprogrammes zur Flottenerneuerung voranzutreiben, um privatwirtschaftliche Anreize zu schaffen, die die Schifffahrt klima- und umweltfreundlicher aufzustellen;
5. Die zügige Umsetzung anstehender öffentlicher Beschaffungsprojekte, um einen Impuls auf die Wirtschaftskraft der Schiffbauer zu geben.
6. Die Umsetzung des Bekenntnisses auf Bundesebene, eine konsequente Anwendung der Schlüsseltechnologie Überwasserschiffbau für Marine- und Behördenschiffe zu etablieren. Die Anwendung soll sowohl bei der Beschaffung als auch bei der Vergabe von Reparaturaufträge und Wartungen angewendet werden;
7. Die Durchsetzung des im Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgeschriebenen Bekenntnisses für einen fairen und chancengleichen Wettbewerb für die Schiffbauindustrie;
8. Beschleunigung und Entbürokratisierung der Vergabeverfahren, während der Corona-Pandemie die Einführung flexiblerer Zahlungsziele und Sicherheiten sowie die zügige Zahlungsabwicklung bei Aufträgen der öffentlichen Hand;
9. Bei Ausschreibung und Vergaben neben dem Preis Entscheidungskriterien wie technische Konzeption, Referenzen, Instandhaltungskosten sowie Wertschöpfungsanteile stärker zu berücksichtigen;
10. Fortsetzung des konstruktiven Dialoges zwischen der Bundesregierung und dem deutschen Schiffbau, um Herausforderungen und Perspektiven für die kommenden Jahre zu erörtern.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Dr. Andreas Tietze
und Fraktion

Kay Richert
und Fraktion